

Truschzinski wirft Pöbnecker Stadtrat rechtswidriges Handeln vor

- Blick auf das Pöbnecker Rathaus. Ihr Ansinnen, das Thema Sozialpass im Stadtrat nochmals auf die Tagesordnung zu bringen, wurde Constanze Truschzinski nicht erfüllt. Das Thema wurde mit Mehrheitsentscheid von der Tagesordnung gestrichen.

Streit um Pöbnecker Sozialpass: Constanze Truschzinski (SIP) wollte, dass der Pöbnecker Stadtrat erneut über die Einführung eines Sozialpasses in Pöbneck berät. Dazu kam es nicht. Nach einem Änderungsantrag von Alf-H. Borchardt (FDP/FW) und mit dem Willen der Stadtratsmehrheit flog dieser Punkt von der Tagesordnung.

Pöbneck. Borchardt zufolge ist die erneute Befassung nicht zulässig, weil es zu dem Thema einen gültigen Beschluss gibt. Truschzinski hingegen behauptet in einer gestern verbreiteten Pressemitteilung, dass ihr Anliegen "rechtswidrig" von der Tagesordnung genommen worden sei. Die einzige SIP-Vertreterin im Stadtrat sieht u. a. eine Verletzung des "Grundrechts auf Minderheitenschutz von politischen Minderheiten".

Nach einer Initiative Truschzinskis hatte der Stadtrat 2010 beschlossen, dem Saale-Orla-Kreis zu empfehlen, einen Sozialpass für sozial schwache Bevölkerungsgruppen einzuführen. Die Empfehlung sei weitergeleitet worden. Passiert ist nichts. So hielt Truschzinski den Kreistagsmitgliedern im Pöbnecker Stadtrat nun vor, sich nicht gekümmert zu haben. Dem widersprach Wolfgang Kleindienst (Birso) mit dem Argument, keinen Auftrag für eine Initiative im Sinne Truschzinskis empfunden zu haben.

Während Fritz Kleine (Linke) die Stadtverwaltung bat, bei der Kreisverwaltung nachzuhaken, war Truschzinski der Meinung, dass sich die Stadt unabhängig vom Kreis einen Sozialpass leisten sollte. In ihrer Pressemitteilung hält sie Bürgermeister [Michael Modde](#) (Freie Wähler) vor, sich nicht um die Schicksale sozial Benachteiligter zu kümmern.

Marius Koity / 31.03.12 / OTZ